

# Atom Müll soll nicht durch Gewässerschutzzone gehen

Der Regierungsrat lehnt die Vorschläge der Nagra für Standortareale an der Oberfläche ab. Der Schutz des Grundwassers sei zu wenig gewichtet worden.

## Von Silvio Temperli

Zürich - Was für die Nagra klar ist, ist für den Zürcher Regierungsrat alles andere als selbstverständlich. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle ist überzeugt, dass sich sechs Standorte im Kanton Zürich - je drei im Unterland (Nördlich Lägern) und je drei im Weinland (Zürich Nordost) - für so genannte Oberflächenanlagen eignen. In solchen Anlagen sollen künftig Behälter mit dem Giftmüll angeliefert, umgeladen und via einen Schacht oder eine Rampe in den tiefen Untergrund befördert werden. Dabei besteht laut dem Zürcher Baudirektor Markus Kägi (SVP) ein hohes Risiko, weil durch die Erschliessung das Grundwasser durchstossen wird. Er sagt: «Oberste Priorität hat die Sicherheit.»

Kägi wirft der Nagra vor, in ihrem Kriterienkatalog dem Gewässerschutz zu wenig Gewicht beigemessen zu haben. Darum fordert der Regierungsrat von der Nagra, dass sie ihre Auswahlkrite-

rien für die vorgesehenen Standorte neu bewertet. Kägi verlangt darüber hinaus, dass die Nagra in den beiden Zürcher Perimetern auch alternative Areale ausserhalb der besonders geschützten Gewässer ermittelt. Fünf der sechs Areale, welche die Nagra vorschlägt, liegen in Grundwasservorkommen, die der Trinkwasserversorgung dienen.

Die Regionalkonferenz Nördlich Lägern begrüsst die Forderungen des Regierungsrats. Erst wenn zweifelsfrei nachgewiesen sei, dass keine anderen Optionen infrage kämen, könne über die vorgeschlagenen Standorte der Nagra weiter nachgedacht werden, heisst es in einer Mitteilung an die Medien. Die Region Nördlich Lägern umfasst insgesamt 49 Gemeinden, davon 26 aus dem Kanton Zürich, 15 aus dem Kanton Aargau, 2 aus dem Kanton Schaffhausen und 6 Gemeinden aus Deutschland. Zurzeit arbeiten drei Fachgruppen an den möglichen Auswirkungen eines Tiefenlagers für die Region.

Unterstützung bekommt die regierungsrätliche Kritik an der Nagra auch von den Grünen. Die Partei weist in ihrer Stellungnahme zudem darauf hin, dass im laufenden Verfahren neben dem Grundwasserschutz noch andere raumplanerische Konflikte der Klärung bedürfen, namentlich die Anflugrouten auf den Flughafen.